

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

2.3.1901 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 2. März.

№ 60.

1901.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Amtlicher Theil

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 26. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Meßner Franz Xaver Kaiser an der katholischen Stadtpfarrkirche zu St. Stefan in Karlsruhe die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 23. Februar d. J. gnädigst geruht, den Revisionsvorstand bei der Steuerdirektion, Finanzrath Karl Gräff, unter Verleihung des Titels Domänenrath zum Vorstand des Domänenamts Karlsruhe zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil

* Das Ausland und die deutsche Zollpolitik.

Ein Theil der auswärtigen europäischen Staaten schenkt schon jetzt der Frage der neuen deutschen Handelsverträge die größte Aufmerksamkeit. Der russische Finanzminister hat dem ersten Angriffe in der „Handels- und Industrie-Zeitung“ einen zweiten in seinem „Finanzboten“ folgen lassen. Aber nicht nur Rußland, sondern auch die mit Deutschland verbündeten Staaten Oesterreich und Italien machen in ihrer Presse getreu dem bekannten Worte: „Ich kenne die Absichten des Ministers nicht, aber ich mißbillige sie“, gegen die zu erwartende deutsche Zollpolitik schon jetzt mobil. Die „Neue Freie Presse“ wirft dem Grafen v. Bülow fast genau mit den Worten der „Freisinnigen Ztg.“ vor, durch „Diplomatsiren“ das Vertrauen zu verlieren und zwar nicht nur das Vertrauen in seine innere Politik; er entzöge durch die Erschwerung der zu erneuernden Handelsverträge auch der äußeren Politik ein Element des Vertrauens. In ähnlicher Weise geht die italienische „Tribuna“ vor, indem sie erklärt, auch Italien beginne durch die beabsichtigte deutsche Zollpolitik alarmirt zu werden. Deutschland könne denn doch nicht dem Zollkrieg und der politischen Isolirung mit Gelassenheit entgegensehen. Deutschland werde entweder ein Industriestaat sein oder es werde überhaupt nicht sein.

Um zunächst auf den letzten Satz des italienischen Blattes einzugehen, so möchten wir der „Tribuna“ doch dringend ein wenig mehr Bescheidenheit anrathen. Das Deutsche Reich und das Königreich Italien sind ja zu gleicher Zeit geboren worden, aber in dem Menschenalter, das seitdem vergangen ist, hat sich Deutschland zu kräftiger Männlichkeit entwickelt, während Italien an vorzeitigem greisenhaften Siechthum leidet. In Italien wechseln Agrarrevolten im Süden und Industrierevolten im Norden des Landes so regelmäßig mit einander ab, daß man kaum weiß, was eigentlich leidender ist, die Industrie oder die Landwirtschaft. Wir haben mit den Sorgen des schönen und jedem Deutschen sympathischen Landes das herzlichste Mitgefühl, aber es berührt uns doch geradezu fessam, wenn ein Organ gerade dieses Landes uns vorschreiben will, unter welchen Bedingungen Deutschland allein gedeihen könne und in welchem Falle es zu Grunde gehen müsse.

Die Drohung mit der Isolirung Deutschlands schreckt uns nicht. Deutschland, Oesterreich und Italien stellen kein vereinigttes Wirtschaftsgebiet dar, sondern sie sind politisch mit einander verbündet. Lediglich aus politischen Gründen haben sich Oesterreich und Italien an Deutschland angeschlossen, und dieser Anschluß erfolgte gerade zu einer Zeit, wo Deutschland zum Schutzollsystem übergegangen war. Wenn also damals die schutzöllnerische Tendenz der deutschen Wirtschaftspolitik den Abschluß des Bündnisses nicht verhinderte, so wird sie wohl heute nicht den Fortbestand des Dreibundes in Frage stellen. Wir wüßten auch nicht, daß die politischen Zweckmäßigkeitsgründe, aus denen die drei europäischen Centralmächte sich aneinander angeschlossen, durch eine Aenderung bezw. Erhöhung des deutschen Zolltarifs irgendwie alterirt würden.

Der konzentrische Angriff der russischen, österreichischen und italienischen Presse wäre verständlich, wenn Deutschland daran dächte, sich vollkommen gegen die Einfuhr aus den anderen Staaten abzuschließen und zu einem direkten Prohibitionsystem überzugehen. Da aber Deutschland weder, wie die Weisheit der „Tribuna“ annimmt, ein reiner Industriestaat, noch auch wie Rußland, ein reiner Agrarstaat ist, sondern da sich die industriellen und

agrarischen Interessen die Waagschale halten, so ist Deutschland um der Interessengegenläge in dem eigenen Lande willen genöthigt, auf einer mittleren Linie zwischen reinem Freihandel und absolutem Prohibitionsystem zu verbleiben. Demgemäß ist es völlig überflüssig, wenn die ausländischen Blätter das Gespenst eines Zollkrieges und damit zugleich einer wachsenden Verschlechterung der politischen Beziehungen an die Wand malen. Das Ausland wird auch in Zukunft mit und von Deutschland leben können, wie Deutschland auch seinerseits mit und von dem Auslande leben will. Wohl mit bei dem notwendigen Ausgleich Deutschland anders verfahren, wie in der ersten Hälfte der 90er Jahre, aber damit werden sich die auswärtigen Staaten abfinden müssen.

Militärische Fortschritte.

II. (Schluß.)

Zu den hervorragendsten militärischen Erscheinungen im Jahre 1900 bei der japanischen Armee gehört die beendigte Durchführung der durch Kaiserliche Verordnung vom Jahre 1896 beschlossenen Armeeorganisation, die eigentlich erst im Jahre 1903 zum Abschluß gelangt sein sollte. Nach diesen Festsetzungen umfaßt das Heer Japans heute 4 Armeekommandos mit 13 Infanterie-Divisionen zu 52 Infanterie-Regimentern à 3 Bataillone, 13 Kavallerie-Regimentern à 5 Eskadrons und 13 Feldartillerie-Regimentern mit 117 Batterien. Mit diesem vollständig neuen Heeresetat ist auch gleichzeitig die Neubewaffung der Infanterie mit dem Weidji-Gewehr M/98 von 6,5 mm Kaliber beendet worden und auch die Ausgabe der Schnellfeuerfeldgeschütze hat an eine große Anzahl von Regimentern stattgefunden. Eine Bestimmung von außerordentlicher Tragweite hat auch die Remontirung betroffen. Während nämlich bisher die gesammte Armee nur mit im Lande gezüchteten Hengsten beritten und bespannt war, sind dieselben mit dem 1. Januar d. J. aus den Etats sämtlicher Regimente ausgeschieden und durch Wallache resp. Stuten ersetzt worden. Gleichzeitig ist der Import werthvollen Pferdezugmaterials aus England, Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika angeordnet worden.

Von wichtigen militärischen Vorgängen bei anderen Staaten ist aus dem Jahre 1900 im allgemeinen wenig zu berichten. Eine ganze Reihe organisatorischer Neuerungen liegt zwar vor, doch sind dieselben wie z. B. bei Griechenland, wo die Neueinteilung der Armee und die Errichtung eines Generalkommandos zum Gesetz erhoben wurde, noch nicht sehr weit in der Ausführung gediehen und haben deshalb auch noch keine zuverlässige Gestalt angenommen.

Auch in Belgien ist bei den seit Jahresfrist geplanten Bestrebungen der Militärreformen die auf eine Verstärkung der Armee und Abschaffung der Stellvertretung hinielen, fraglich, ob sie schon bald zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Holland hat dagegen im vergangenen Jahre insofern einen entscheidenden Schritt vorwärts gethan, als es sein Landheer verstärkte, die Bestimmungen über die Dienstpflicht änderte und sich eine neue Kolonialarmee schuf. In Spanien wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist man auch im Jahre 1900 bewußt gewesen, die Erfahrungen des Krieges vom Jahre 1898 noch weiter zu verwerthen. In beiden Staaten haben jedoch politische Verhältnisse, in Spanien außerdem noch die ungünstige Finanzlage, die Annahme neuer Projekte für eine völlige Umgestaltung der Armee verhindert. Während Spanien nur dazu kam, eine neue Unteroffizierschule zu begründen, und einige organisatorische Veränderungen bei der Artillerie vorzunehmen, hat sich Amerika wegen der Vorgänge auf den Philippinen auf einige Reformen der Landesverteidigung beschränken müssen. Aus der Türkei ist nur die Fortsetzung der seit 1892 begonnenen Neubewaffung dieser Truppe unter deutscher Leitung zu melden. Die seit lange geplante Neubewaffung der Artillerie, die in der Hauptsache der Firma Krupp übertragen werden soll, war im vergangenen Jahre noch nicht vertragmäßig abgeschlossen. Die Schweiz hat in militärischer Hinsicht insofern einen wichtigen Vorgang zu verzeichnen, als sie mit der Formation der vier berittenen Maximalkompagnien-gewehr-Kompagnien eine Truppe geschaffen hat, wie sie zur Zeit keine einzige andere Armee besitzt. Auch die Neubewaffung der berittenen Offiziere mit einer Selbst-

labepistole des Systems Borchardt-Vueger und der nahe bevorstehende Abschluß mit Versuchen für ein neues Schnellfeuerfeldgeschütz dürfen unter den Mittheilungen aus der Schweiz nicht fehlen. Den fast bedeutendsten Fortschritt aller Militärstaaten hat noch vor Jahresfrist Schweden gethan, indem es die Bestimmungen der allgemeinen Wehrpflicht nicht unerheblich erweiterte und sehr wesentliche Aenderungen in Bezug auf die äußere Organisation der Truppenverbände vorbereitete. Des weiteren haben die im Laufe des Sommers vergangenen Jahres stattgehabten Probemobilmachungen von Theilen der schwedischen Armee und die andauernden Versuche mit neuen Schnellfeuergeschützmodellen darauf hingewiesen, daß das nordische Reich mit ernstem Streben an die Vervollkommnung seiner Wehrkraft denkt. Was schließlich das englische Heer anlangt, so hat dasselbe im verflossenen Jahr vor aller Welt bewiesen, daß es einer völligen und gründlichen Reorganisation bedarf, um nur einigermaßen auf die Höhe moderner militärischer Anforderungen zu gelangen.

Man kann aber die militärischen Ereignisse des Vorjahres unmöglich abschließen, ohne rückblickend und zusammenfassend des wichtigsten und sämtlichen Staaten gemeinsamen Vorganges zu gedenken, der in dem Streben einer modernen Neubewaffung der Feldartillerie zum Ausdruck gekommen ist. Zwei Prinzipien, durch Frankreich und Deutschland hauptsächlich vertreten, sind es, die sich diametral gegenüber stehen, von denen das eine die Schnellfeuerfeldgeschützfrage durch eine Rohrrücklaufbremse, das andere durch das starre System eventuell mit Federpohn lösen will. Jede dieser beiden Anschauungen glaubt auf dem rechten Wege zum Ziele zu sein und die zweckmäßigste Lösung des schweren Problems gefunden zu haben. Prüft man jedoch mit objektivem Blick die „Für“ und „Wider“ der beiden Systeme, so kann das Resultat bis jetzt nicht anders lauten, als daß das Rohrrücklaufmodell das Produkt eines Friedensexperimentes ist, auch auf dem Exerzierplatz allezeit seine Anhänger und Bewunderer finden mag, dagegen im Ernstfall vor der Einfachheit und Solidität des starren Laffettensystems voraussichtlich niemals bestehen wird. Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Anschauungen hat Belgien, das ähnliche Straßen- und Geländeverhältnisse wie Frankreich hat, dadurch gegeben, daß es sich bei den im vergangenen Jahre stattgehabten Schieß- und Fahrversuchen mit Schnellfeuerfeldgeschützmodellen, unter denen sich auch solche mit Rohrrücklauf befanden, für die Beschaffung zunächst einer Batterie mit starrer Laffette entschied und das französische System als nicht selbständig verworfen. Des Weiteren wird die Richtigkeit der vorhin gemachten Schlussfolgerung durch die Thatfache bestätigt, daß bis jetzt außer Frankreich nur das ihm befreundete Rußland Feldgeschütze mit Rohrrücklauf annehmen zu wollen scheint. Die meisten der übrigen Staaten neigen entschieden dem obigen deutschen System zu. („Hamb. Nachr.“)

Das Vorgehen der Mächte in der macedonischen Frage.

Ueber die Aktion der Mächte, welche auf die Verhütung von Gefährdungen des Friedens am Balkan durch die macedonischen Untriede abzielte, erhalten wir aus Konstantinopel folgende eingehende Darstellung:

Das Vorgehen der Mächte wurde durch die Berichte veranlaßt, die den Botschaftern in Konstantinopel in den letzten Monaten aus den macedonischen Vilajets zugegangen und welche eine fortwährende Zunahme der Wühlereien der macedonischen Comitès feststellten. Die Mitglieder derselben, so wurde in diesen Berichten ausgeführt, haben sich als eine Art Mafia organisiert, üben Geldverpressungen aus, greifen zur Wodwaffe gegen die Widerstrebenden, veranstalten in allen Theilen der betreffenden Vilajets geheime Versammlungen und üben eine Schreckensherrschaft aus. Durch dieses Treiben wurde der Gegensatz zwischen den Bulgaren und den anderen christlichen Nationalitäten in hohem Maße verschärft und andererseits die Gefahr einer blutigen Gegenaktion des mohammedanischen und albanesischen Theiles der Bevölkerung heraufbeschworen. Man fühlte sich angezogen dessen verpflichtet, sowohl in Konstantinopel wie in Sofia dringende Vorstellungen zu erheben. Was die Form der Aktion betrifft, ist jedoch zu betonen, daß es sich nicht um ein gemeinsames Vor-

gehen gehandelt hat. Die einzelnen Boten ergriffen viel mehr in den letzten Wochen die sich ihnen darbietenden Gelegenheiten, um der Pforte ein nachdrückliches Einschreiten gegen die Comités nahelegen, wobei jedes Mal betont wurde, daß die an diesen Umtrieben nicht beteiligte Bevölkerung darunter nicht leiden dürfe. Man thut dem russischen Boten, Herrn Sinowiew, in Bulgarien schweres Unrecht, wenn man sich bei der Beurteilung seines Schrittes ausschließlich an die Forderung, daß die türkische Regierung die revolutionären Elemente mit aller Energie verfolge, hält und seine nicht minder stark betonte Mahnung, daß nicht mit den Schuldigen auch die Unschuldigen getroffen werden, unbeachtet läßt. Es wurde in den Rathschlägen, die den türkischen Regierungstreifen erteilt wurden, die Pflicht dargelegt, sorgfältig alle Ausschreitungen der bewaffneten Macht zu verhüten. Wenn die Wählerreien der macedonischen Comités eine Bedrohung der Ruhe am Balkan bedeuten, so wäre es andererseits eine nicht geringere Gefahr, wenn bei der Gegenaktion den türkischen Truppen, von den Albanesen nicht zu reden, völlig freie Hand gelassen würde. Keine der Großmächte könnte den sich daraus ergebenden Konsequenzen ruhig gegenüber stehen.

Die Vorstellungen, welche vom englischen Botschafter, Sir R. D. Conroy, und vom französischen Geschäftsträger, Herrn Bapst, mit Bezug auf die macedonischen Comités auf der Pforte erhoben wurden, stehen mit den russischen Erklärungen nicht in direktem Zusammenhang. Sie sind vielmehr das Ergebnis eines Schrittes, den die griechische Regierung allerdings schon vor einiger Zeit, bei den Großmächten unternahm, indem sie die Aufmerksamkeit derselben auf die Lage in Macedonien, wie sie durch die Agitation der macedonischen Comités geschaffen werde, lenkte. Infolge dieses Schrittes wurden die beiden genannten Diplomaten von ihren Regierungen angewiesen, bei der Pforte die erwähnten Vorstellungen zu erheben.

Es kann darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß es neben der Fürsorge für die Erhaltung der Ruhe in den macedonischen Vilajets eine Pflicht der Pforte wäre, den berechtigten Beschwerden der Bevölkerung dieses Gebietes Gehör zu schenken und gegenüber den vielfachen Uebelständen der dortigen Verwaltung Abhilfe zu schaffen. Die türkische Regierung ist hierauf von befreundeter Seite wiederholt aufmerksam gemacht worden. Es liegen jedoch bebauerlicher Weise keine Anzeichen vor, daß man diese Rathschläge in ernste Erwägung gezogen hätte.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 28. Februar.

Bei dem Kapitel „Höhere Truppenbefehlshaber“ wünscht Abg. Pausmann-Bohlingen Abkürzung der Dienstzeit für die Kavallerie. Das würde auch der Landwirtschaft nützen.

Bei dem Kapitel „Geldverpflügung der Truppen“ beantragt die Kommission keine Abträge.

Ferner liegt eine Resolution des Grafen Carmer vor, daß die Prämie von 1000 M., welche die Unteroffiziere nach zwölfjähriger Dienstzeit erhalten, im Falle des Weiterdienstes in Staatspapieren angelegt und dienstlich verwaltet werden sollen.

Abg. Paasche empfiehlt eine Resolution bezüglich der Erhöhung der Gehälter der Corps-Regimentsärzte und wünscht bessere Vorbildung derselben.

Abg. Müller-Sagan (freis.) beantragt in die Resolution die Oberprokuratur einzufügen.

Die Resolution Paasche wird alsdann mit dieser Einschaltung angenommen.

Abg. Jakobskötter (kons.) wünscht Abschaffung der Dekonomiehandwerker, welche ohne Waffe dienen. Die Heeresverwaltung vertritt die Ansicht, daß man sie entbehren könne. Die umfangreichen Arbeiten für die Chinaexpedition seien wieder nicht an Zivilhandwerker vergeben worden, sondern man habe sehr zahlreich ausgebildete Dekonomiehandwerker wieder eingesetzt gerade vielfach in günstigen Stellen befanden.

Kriegsminister v. Soller führt aus: In der Budgetkommission sei dieser Gegenstand eingehend erörtert worden. Der Vorwurf des Vorredners sei unberechtigt, weil die Zahl der Dekonomiehandwerker beständig abnimmt. Die Einberufung der Dekonomiehandwerker für die Chinaexpedition erfolgte, weil wir in Nothlage waren. Es besteht bei diesen Mannschaften dieselbe Verpflichtung zur Uebung, wie bei dem Dienst mit der Waffe. Die von dem Vorredner gegebene Charakteristik der Bekleidungsämter müsse er ablehnen, er, Jakobskötter, hätte zu seinen Vorwürfen gegen die Kammerverwaltung keine Veranlassung.

Abg. Jakobskötter meint, die Verhandlungen der Budgetkommission könnten ihn nicht abhalten, diesen Gegenstand hier öffentlich zu verhandeln. Im Interesse seines Standes und seiner Wähler.

Hierauf begründet Abg. Graf Carmer seine Resolution, deren Abstimmlung ausgesetzt wird.

Abg. Wurm (Soz.) erhebt Widerspruch, daß die Witwen in Plauen, welche Säle zu Generalversammlungen der Konsumvereine hergegeben haben, von der Militärverwaltung boykottirt seien.

Zum Kapitel „Naturalverpflügung“ liegt eine Resolution der Kommission vor, erstens die Normalhöhe für die Vergütung der Naturalverpflügung entsprechend dem heutigen Stande der Naturalpreise einer Revision zu unterziehen, zweitens hierbei diejenigen Gegenden zu berücksichtigen, wo außerordentlich häufig eine Naturalverpflügung zu verzeichnen ist.

Abg. Müller-Sagan erinnert an die im Vorjahre gefaßte Resolution, den Mannschaften möglichst einmal während der Dienstzeit Urlaub bei freier Fahrt in die Heimath zu gewähren. Der Kriegsminister erwidert, der Reichskanzler regte bereits an, die Kilometergelder von 1,5 Pf. auf 1 Pf. herabzusetzen. Der Bundesrath müßte noch die nöthigen Beschlässe fassen.

Abg. Pahn (wilt) wünscht möglichst Ausdehnung des Ernteurlaubs.

Abg. Riebler klagt, daß die bairischen Soldaten in den reichsständischen Garnisonen fast nie Ernteurlaub erhalten. Der Kriegsminister erwidert, die bairische Brigade in Metz sei eine vorzügliche Truppe und solle möglichst bei den Urlaubsertheilungen berücksichtigt werden.

Abg. Broekmann (Centr.) bemängelt den unzureichenden Verpflegungszuschuß. 80 Pf. seien als Tagesatz für die Verpflegung eines Mannes zu wenig.

Abg. Haffe befragt die Resolution.

Abg. Oriola (nat-lib.) meint, die Resolution gehe in ihrem zweiten Theile zu weit. Unbedingt nöthig sei die Erhöhung der Tagesätze.

Abg. Gröber tritt besonders für den zweiten Theil der Resolution ein. Die Resolution wird hierauf angenommen.

Bei Kapitel 38 beantragt die Budgetkommission eine Resolution, betreffend Gehaltsaufbesserung der Militärärzte, sowie deren Ausbildung und Rangverhältnisse anderweit zu ordnen.

Abg. Graf Oriola (nat-lib.) befürwortet lebhaft die Resolution. Der Vorbildung der Apotheker entspreche ihre Stellung in der Armee durchaus nicht.

Abg. Hermes (freis. Volksp.) bestätigt die Behauptungen des Vorredners. Die gegenwärtigen Zustände seien unhaltbar. Es sei angebracht, die Apotheker dem einjährig-freiwilligen Arzt gleichzustellen.

Die Resolution wird angenommen, sowie der entsprechende Titel.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 1. März.

In der fortgesetzten Berathung des Militäretats führt Abg. Hahn bei dem Titel „Ankauf von Remontepferden“ aus: Die Erhöhung der Preise für Remonten von 830 auf 900 M. sei dankbar anzuerkennen, das genügt aber noch nicht, um die Remontezucht so zu heben, wie es notwendig sei, jedenfalls sei es angebracht, daß sich die Verwaltung mit den Züchtern selbst in Verbindung setze und die Händler möglichst ausschließe.

Abg. Hoffmann bittet, in der Pferdezucht besonderes Gewicht auf die Zucht der schweren Arbeitspferde zu legen.

* Berlin, 1. März. Die Budgetkommission des Reichstags beendete die Berathungen des Marineetats. Nach längerer Debatte wurde mit allen gegen vier Stimmen die Resolution angenommen, welche den Reichskanzler ersucht zu erwägen, ob sich nicht im Interesse der Erparnis die Errichtung eines Panzerplattenwerkes auf Reichskosten empfehle.

Die Berathung des Vereinsgesetzes.

* Paris, 28. Febr. Deputirtenkammer. Zu Artikel 12 des Vereinsgesetzes bringt Gras einen Antrag ein, den der Artikel so formulirt: „Die religiösen Vereine, die Vereine zwischen Franzosen und Ausländern und solche Vereine, deren Sitz oder Leitung im Auslande ist oder Ausländern anvertraut ist, genießen die in Artikel 6 vorgesehenen Vergünstigungen nur kraft eines zu erlassenden Dekretes. Kein Verein in dem, dessen Mitglieder in Gemeinschaft leben, kann sich bilden, ohne gesetzliche Ermächtigung.“

Der Antragsteller führt aus, daß die Kommission über diesen Antrag in Abwesenheit der Regierung verhandelt und ihn mit nur 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt habe. Er verlange darum Zurückverweisung seines Antrages an die Kommission.

Waldeck-Roussau: Die Bestimmungen des Artikel 12 sind nichts anderes als die Konsequenz des Artikel 2. Wenn man ein Gesetz macht über die Vereine zwischen Franzosen und Ausländern, dann muß man sich vor allem um die Ziele kümmern, die diese Vereine verfolgen. Die Regierung wünscht, daß diese Vereine aufgelöst werden können durch ein im Ministerrath beschlossenes Dekret. Es ist nicht zu befürchten, daß dies Recht mißbraucht werde, da es die Verantwortlichkeit der Regierung in Anspruch nimmt. Bei der Annahme des Antrages Gras würde die Regierung die Auflösung jedesmal vor den Gerichtshof verweisen müssen, bei welchem System ein Mißbrauch viel eher noch zu befürchten wäre.

Ribot befragt die Zurückverweisung des Antrages Gras an die Kommission.

Die Zurückverweisung des Antrages Gras an die Kommission wird darauf mit 277 gegen 265 Stimmen abgelehnt.

Dumergue erklärt es als einen Mangel des Artikel 12, daß er nicht die Zwecke angebe, mit denen sich zu beschäftigen einem Vereine verboten sein solle.

Der Antrag Gras wird sodann mit 388 gegen 172 Stimmen abgelehnt. Ebenso ein Zusatzantrag des Sozialisten Sembat.

Ein Antrag des Sozialisten Journière geht dahin, in Artikel 12 der Vereine einzubegreifen, deren Mitgliedschaft die normalen Verhältnisse der Werthe und Waaren fällen, oder die Sicherheit des nationalen Gebietes gefährden oder die republikanische Regierungsform bedrohen.

Waldeck-Roussau erklärt, die Regierung könne diesem Antrag nur zustimmen. Ribot will auch die Aussetzung zum Bürgerrecht eingefügt wissen. Berreau (Rechtsrep.) bringt einen Zusatzantrag in diesem Sinne ein.

Die Kammer beschließt mit 510 gegen 3 Stimmen, den Antrag Journière in Erwägung zu ziehen, der Zusatzantrag Berreau wird der Kommission überwiesen.

Fortsetzung der Berathung am Montag.

Der sozialistische Radikale Vaffere beantragt, auf eine der nächsten Kammerungen die Erörterung der Berichte anzusetzen, die die mit der Prüfung der Akten über die Beurtheilung Déroulède's und Fabert's beauftragte Kommission zu erstatten habe.

Die Kammer beschließt diese Erörterung für Montag.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 1. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag 10 Uhr den Professor Dr. Rosenberger, welcher seiner Königlichen Hoheit eine Sammlung altbadischer Waffen und Uniforms-Ausrüstungsstücke, sowie Bilder aus altbadischer Zeit und darauf bezügliche Bücher als Geschenk für das Jahrbuch-Museum übergab. Darnach nahm Seine Königliche Hoheit von 11 Uhr an den Vortrag des Ministers Dr. Buchenberger entgegen. Um halb 1 Uhr meldete sich der Hauptmann Honrichs, Kompaniechef im 6. Badischen Infanterie-Regiment Kaiser Friedrich III. Nr. 114, bisher à la suite des Infanterie-Regiments von Grolman (1. Posen'schen) Nr. 18 und Kompaniechef bei der Unteroffizierschule in Viebrich. Hierauf empfing Seine Königliche Hoheit den Rittmeister

Ullmann, Eskadronchef im Schleswig-Holsteinischen Ulanen-Regiment Nr. 15 und sprach demselben die Theilnahme an dem Verlust seines Vaters des Geheimraths Dr. Ullmann mit der Bitte aus, der Vermittler des höchsten Mitgeföhls an seine Mutter und Schwester zu sein.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Geheimrath Dr. Wielandt, beauftragt, als höchster Vertreter der Beisehungsfürer für den verstorbenen Geheimrath Dr. von Stoeffer in Freiburg anzuwohnen.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute Nachmittag nach Baden, um dort einige Besuche zu machen. Höchstdieselbe beabsichtigt, heute Abend nach 8 Uhr wieder hier einzutreffen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute Nachmittag und am Abend die Vorträge des Majors von Schwerin und des Legationsraths Dr. Seyb.

** Güterzug Nr. 705 ist gestern bei der Einfahrt in den biegen Rangirbahnhof mit 18 Wagen entgleist. Die Wagen sind zum Theil stark beschädigt. Verletzungen sind nicht vorgekommen. Die Ursache der Entgleisung konnte noch nicht aufgeklärt werden.

* Nach und aus der Türkei sind für die Orte, an denen sich österreichische Poststationen befinden, vom 1. März ab Postnahmen bis 400 Mark auf Pädeten bis 5 kg zugelassen. Abgesehen von Konstantinopel, Adrianopel, Smyrna, Beirut, Jafa und Jerusalem, für welche Orte die deutschen Postämter in der Türkei bereits Nachnahmen bis 800 Mark vermitteln, kommen hauptsächlich Salonich, Debe-Agatsch, Trapezunt, Candia, Janina und Preveza in Betracht.

s (Großherzogliches Hoftheater.) Fräulein Irene Triesch vom Stadttheater in Frankfurt hat bei ihrem gestrigen ersten Gastspiel als Magda in der „Helmath“ ein begeistertes Publikum gefunden, und wir müssen es unserer Theaterleitung danken, uns durch dieses Gastspiel mit einem am deutschen Bühnenbimmel aufgehen Stern erster Größe bekannt gemacht zu haben. Fräulein Triesch hat unlängst als Nora am Deutschen Theater in Berlin erfolgreich gastirt, sie wird, wie wir hören, demnächst dieser hervorragenden Pflanzstätte moderner Schauspielkunst angehören, und ihr gewiß zur Ehre gereichen. Die junge Künstlerin, die zwar untrüglige Proben ihres großen Talents schon in großer Zahl abgelegt hat, ist überaus wenigliche Verehrer ihrer Kunst bereits mit Agnes Sorma auf eine Stufe gestellt worden, das heißt denn doch zum mindesten den Freigebissen vorgezogen. Fräulein Triesch ist eine außerordentlich fesselnde interessante Darstellerin, mit starker Individualität, die neben seinem Verständnis auch äußere Mittel in reichem Maße besitzt. Der warme, zu Herzen gehende Ton ihres Organs nimmt die Hörer von vornherein gefangen. Neben dem feurigen Temperament verleiht das ungemein beredete Mimenspiel, die ausdrucksvolle Sprache der Augen, die graziosen Bewegungen der zierlichen Figur dem Spiel der Dame einen mächtig wirkenden Reiz. Und doch könnte, wie wir in der gestrigen Magda-Darstellung beobachteten ihr Spiel durch mehr Ausgleichung dieser Vorzüge, durch ein abgeklärteres Maßhalten in der Anwendung derselben noch gewinnen. Wenn Fräulein Triesch weint, so greift sie an's Herz, aber sie weint für eine Magda etwas zu viel, ihr überaus lebhaften Leidenschaftlichkeit fehlt es mitunter an Kraft, der Stimmungswechsel ist stellenweise zu jäh, zu unvermittelt. Doch stellt das alles ja eigentlich nur ein „zu viel des Guten“ dar, das niemals Fehltritt hervorruft, daß es dem großen Gesamtindruck wesentlich Abbruch zu thun vermag. Im ganzen sollen wir der gestrigen hervorragenden Kunstleistung Fräulein Triesch's aufrichtige Anerkennung und wissen uns eins mit dem Publikum, wenn wir der heutigen Fortsetzung des Gastspiels mit lebhaftem Interesse entgegenzusehen.

* Von der Generaldirektion wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: Auf dem Gebiete der Oper befindet sich eine Reueinstudirung von Donizetti's großer fünfaktiger Oper „Dom Sebastian“ in Vorbereitung. Das Werk wurde seit dem Jahre 1865 nicht mehr in Karlsruhe gegeben.

* Der Instrumentalverein bezieht am nächsten Dienstag, den 5. März den Geburtstag (9. März) seines hohen Protectors, Seiner Großherzoglichen Hoheit des Bringen Karl von Baden mit einem Festkonzert in der Eintracht. Als Sängerin des Abends begeben wir erstmalig Frau Major Kunz, einer Schülerin von Frau Kammerfräulein von Wed-Redner, welche die hier so selten gehörete Kontraltarie von Mojart „Chio mi scordi di te“ mit Orchester und obligatem Klavier (Herr Herrm. Fischer) singen wird und außerdem noch Nleder von Brahms, Schubert und Wbe zu Gehör bringen wird. Als Instrumentalist ist es der Vereinskonzert gelungene, den 18 Jahre alten Violinvirtuosen Herrn Martin Collin aus Basel zu gewinnen. Auch dieser Künstler tritt hier zum ersten Male auf. Herr Martin Collin wird das Violinconcert Nr. 8 Gungahzene von L. Spohr, sowie das Präludium und Fuge in G-moll von J. Seb. Bach und die Variationen von Paganini spielen. Das 45 Mann starke Dilettantenorchester wird unter Herrn Orchesterdirektor Ernst Spies den Abend mit der Preciosa-Ouverture von Weber einleiten, während die unvollendete H-moll-Sinfonie von Schubert den Schluß des Festabends bilden wird.

* (Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 18. bis 24. Februar wurden an 686 Besucher 837 Bände ausgeliehen.

5 (Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 27. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Großh. — Zwei junge Burtschen aus Au a. Rh. waren der Verleitung zum Meineid angeklagt. Die beiden Angeklagten waren der Landwirth Otto Weizenburger und der Schreiner Friedrich Weizenbacher. Sie hatten theils durch Drohungen, theils durch Geldversprechungen gezeugt, die in einer Anklage wegen Körperverletzung vor dem Schöffengericht Raftast vernommen wurden — eine Anklage, in die Weizenbacher verwickelt war — zu unwahren Aussagen veranlassen wollen. Die Strafkammer verurtheilte Weizenburger zu ein Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Weizenbacher zu ein Jahr drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. In jeder Strafe sind zwei Monate durch die Untersuchungshaft verübt. — Wegen Diebstahls erhielt der Maurer Josef Lihm aus Wörsch fünf Monate Gefängnis, abgültig drei Wochen Untersuchungshaft.

— Mannheim, 28. Febr. In der heutigen Generalversammlung der Rheinischen Hypothekbank wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1900 auf 9 Proz. festgesetzt. Demgemäß gelangt der Dividendenchein Nr. 8 der Aktien à M. 600. — mit M. 54. — und der Aktien à M. 1200. — mit M. 108. — und der Dividendenchein Nr. 4 für die Aktien-Interimsscheine Nr. 1 bis 4167 mit M. 81. — von heute an zur Einlösung. Die ausstehenden Mitglieder des Aufsichtsraths Dr. A. Hürkin, Gzellenz in Karlsruhe, Dr. A. v. Glemm, Reichsrath in Saarbrücken a. d. S., F. Scipio, Kommerzienrath in Mannheim, wurden wiedergewählt.

Heidelberg, 28. Febr. Einen wichtigen Beschluß hat heute der hiesige Bürgerversammlung gefaßt, indem er dem Ankauf von drei Vierteln der Aktien der Heidelberger Straßen- und Bergbahn zustimmte. Das Straßenbahngesetz wird nun weiter ausgebaut und für elektrischen Betrieb eingerichtet werden. Dadurch erhält der Verkehr innerhalb der Stadt eine sehr erwünschte Förderung. Auch das Viermillionen-Anlehen, das der Stadtrath beantragt hat, wurde vom Bürgerversammlung einstimmig bewilligt. Es wird zum Ankauf genannter Aktien, zum Ausbau der Straßenbahn und einigen sonstigen größeren Unternehmungen verwendet werden.

Vom Bodensee, 28. Febr. In Stocach betragen nach dem städtischen Voranschlag für 1901 die Einnahmen 28 575 M., die Ausgaben 61 061 M. Unter Hinzurechnung von 964 M. zur Deckung des Betriebsfonds sind 38 440 M. durch Umlage aufzubringen. Die Umlage beträgt 55 Pf. Die Schulden der Stadt belaufen sich auf 59 100 M. Wie man erhofft, wird am Rheinthalener Binnenkanal die Erstellung von elektrischen Kraftanlagen beabsichtigt; man glaubt 800 Pferdekraft gewinnen zu können. Die Anlagekosten erfordern ein Kapital von 800 000 Franken.

Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 3. März. Landwirtschaftliche Besprechungen in Dentingen, Mühlhausen, Blumberg, Zolthaus, Nibburg, Stafforth, Söllingen, Neudorf, Reisenbach und Weersburg; Bezirksversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins und Generalversammlung der Zuchtgenossenschaft in Bretten; Generalversammlungen der landwirtschaftlichen Ortsvereine in Burbach und Brombach; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Aach; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Wangen; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsumvereins in Kuggen; Generalversammlung der landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaft in Scherzheim.

Sonntag, 10. März. Landwirtschaftliche Besprechung in Döffingen; Generalversammlung des ländlichen Kreditvereins in Geißlingen; ordentliche Generalversammlung des ländlichen Kredit- und Sparvereins in Schillingstadt; Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Schluchtern; ordentliche Generalversammlung des landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzvereins in Ländebach.

Montag, 11. März. Generalversammlung des ländlichen Kreditvereins in Oberacker.

Dienstag, 19. März. Generalversammlung des Darlehensvereins in Bodman.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

Kapstadt, 1. März. Die Operationen French's werden durch anhaltende Regengüsse verzögert. Täglich werden Büren gefangen genommen oder sterben die Wäffen. Der vor French befindliche Feind löste sich in kleine Abtheilungen auf. Dewet fand die Drift nördlich von Popetown unpassierbar und wandte sich südwärts. Detaillirte Abtheilungen überschritten die Bahnhöhne und nähern sich scharf verfolg.

Petrusville, 1. März. Ein Telegramm meldet: Dewet sei im Anmarsch auf Philippstown. Präsident Steyn sei bei Dewet. Ebenso seien Herzog und Brand zu ihm gestoßen.

London, 1. März. Nach Meldungen der Blätter aus Pretoria machte General Smith-Dorrien östlich von Amsterdum 80 Gefangene, erbeutete eine große Menge Vieh, 60 Pferde und 40 Wagen. Auch General French machte 50 Gefangene und erbeutete Vieh und Wagen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

London, 1. März. Dem „Standard“ wird aus Schanghai gemeldet: Nachrichten aus chinesischer Quelle zufolge habe Li-hai-tschun, ein Schächling Tungfuh-fiang's und Tuan's, bei Lautschau mit 5 000 Mann einen Aufstand begonnen. — Die Blätter melden aus Peking, daß die englischen Truppen Befehl erhalten haben, sich bereit zu halten für den Fall, daß die Chinesen jögern, den Forderungen der Mächte nachzukommen. — Den „Times“ wird aus Peking gemeldet: Die Russen üben auf Li-hung-tschang eine starke Pression aus, um die Unterzeichnung des Abkommens betreffs der Mandchurie zu beschleunigen. Außer Japan und England haben noch mehrere andere Mächte bei der chinesischen Regierung wegen ihrer augenblicklichen Verhandlungen mit der russischen Regierung Vorstellungen erhoben.

London, 28. Febr. Einer Depesche der „Daily News“ aus Singanfu zufolge ist Yueshien am 22. d. M. in Lautschau hingerichtet worden.

Tientsin, 1. März. Infolge Nachrichten aus zuverlässiger diplomatischer Quelle hat Deutschland die chinesische Regierung durch Li-hung-tschang wissen lassen, daß es unrichtig sei, wenn China werthvolle nationale Vermögenstheile und Einnahmequellen durch Separatabkommen mit einzelnen Staaten oder Gesellschaften weg gäbe, so lange die Verpflichtungen China's gegenüber der Gesamtheit der Mächte nicht festgestellt seien. Sicherem Vernehmen nach sind von der Mehrzahl der Mächte theils früher, theils nachher Erklärungen abgegeben worden, welche sich mit der deutschen Erklärung decken und zum Theil darüber hinaus gehen.

Tientsin, 1. März. Der Hafen von Taku ist für die Schifffahrt wieder frei.

London, 28. Febr. Unterhaus. Cranborne erklärt weiter, die Regierung erfahre, daß in Zusammenhang mit den Entwürfen zur Vertreibung des Gesandtschafts-

viertels in Peking der Plan erwogen werde, rund um daselbe eine 150 Yards breite offene Zone anzulegen. Hierzu wäre nöthig, einen großen Theil des bisher von der Hollverwaltung innegehabten Geländes zu benützen. Sir Robert Hart habe an den englischen Gesandten und an das diplomatische Corps geschrieben; er habe in dem Schreiben seine Ueberzeugung über die Zweckmäßigkeit ausgedrückt, dabei jedoch erklärt, wenn militärische Nothwendigkeiten das erforderten, werde er seinen Einspruch erheben.

Cranborne setzt hinzu, die Regierung stehe jetzt über die Sache in Meinungsäustausch mit Satow. Ashmead Bartlett fragt an, ob die Regierung Schritte gethan habe, um sicherzustellen, daß die Jangtse-Vicekönige, welche den Interessen der Zivilisation und Großbritannien große Dienste geleistet hätten, in ihren Aemtern verbleiben dürften.

Cranborne erwidert: Die Angelegenheit sei vor einiger Zeit schon sorgfältig erwogen worden. Der englische Gesandte berichtete, daß keine Gefahr betreffend die Absetzung der Vicekönige vorhanden sei. Die britische Regierung wisse die von den Vicekönigen geleisteten Dienste voll zu würdigen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Darmstadt, 1. März. Dreizehn Abgeordnete der Zweiten Kammer haben einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, ihren Bundesrathsbevollmächtigten zu instruiren, im Bundesrathe für die Verdoppelung der bestehenden Getreidezölle und für eine wesentliche Erhöhung der Zölle auf andere landwirtschaftliche Produkte einzutreten.

Wien, 28. Febr. Abgeordnetenhause. Die Dringlichkeit des Antrages Stenig betreffend Entschüpfung des Bauernstandes wird abgelehnt. Der Antragsteller betont unter anderem, daß das Bündniß mit Deutschland dem Reich keinerlei Vorteile bringe, solche seien nur von Rußland zu erwarten. Sodann verlegt der Präsident die Anberaumung einer geheimen Sitzung zur Vorlesung einiger als anständig erachteten Stellen aus zwei Interpellationen der Alldeutschen. Augenblicklich handelt es sich um Interpellationen wegen Konstitution des Zeitungsartikels „Los von Rom“. Abg. Kaiser wendet sich gegen die Einbringung und Verhandlung von Dringlichkeitsanträgen zwecks Obstruktion. Während der Rede Kaisers entsteht ein lärmender Wortwechsel zwischen den Czechen und Deutschen. Die Deutschen werfen den Czechen geheime Obstruktion vor, die Czechen antworten, ihr Braut die Obstruktion ins Haus. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung ruft Abg. Wolff, wenn nochmals eine so harmlose Interpellation der Deutschen beanstandet wird so werden die Deutschen Obstruktion treiben. Der Präsident schließt darauf die Sitzung.

Paris, 1. März. Jeaures hält in der „Petite Republique“ seine Angaben über die von Jules Guérin in der Angelegenheit des Putschversuches Déroulède's gespielte Rolle aufrecht. Außerdem richtet er an Déroulède eine Depesche des Inhalts, daß er seine Mittheilungen über Jules Guérin von einem der treuesten Anhänger Déroulède's erhalten habe. — Guérin beauftragt zwei seiner Freunde, Jeaures seine Duellforderung zu überbringen.

Marseille, 28. Febr. Die Zahl der Ausständigen, denen auch Mitglieder des französischen Arbeitersyndikats angehören, beträgt 5 000. Auch die Heizer drohen mit Ausstand; mehrere Dampfer, welche aus Corsika und Algier mit Lebensmitteln eintrafen, konnten ihre Ladungen nicht löschen.

Marseille, 1. März. Der hiesige sozialistische Maire erklärte in einer Ansprache an eine Abordnung der ausländigen Hafenarbeiter, daß er ihre Forderungen unterstützen werde. Mehrere Gesellschaften haben ihren unterweges befindlichen Schiffen telegraphisch Befehl gegeben, den Hafen von Marseille nicht anzulaufen. Ein englischer Dampfer mit 4 000 Ballen Seide erhielt den Auftrag, nicht nach Marseille, sondern nach Genua zu gehen.

Mouzeaux-les-Mines, 1. März. Die hiesigen Kaufleute richteten an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, worin sie um Maßnahmen gegen die revolutionären Umtriebe der Streikagitatoren ersuchen.

Haag, 28. Febr. Zweite Kammer. Auf die Anfrage Bylandt's, aus welchen Gründen dem niederländischen Konsul Post in Lorenzo Marques das Equatur entzogen sei, erwidert der Minister des Auswärtigen de Beaufort, das Equatur sei Post entzogen worden, weil dieser wegen betrügerischer Einfuhr heliographischer Apparate für die Artillerie in Transvaal und wegen Mißbrauchs von Pässen verurtheilt sei. Post habe die Berufung abgelehnt, helle aber den Mißbrauch von Pässen in Abrede. Der portugiesische Gesandte, Graf Selix, habe bei seiner Rückkehr nach dem Haag erklärt, er habe niemals die Absicht gehabt, den Niederländern gegenüber unfreundlich zu sein. Er erhebe keinen Einspruch dagegen, daß Post nach Lorenzo Marques als Privatmann zurückkehre. Die niederländische Regierung habe geglaubt, im Interesse beider Länder den Zwischenfall als erledigt ansehen zu sollen. Der Minister erklärt dann noch, der deutsche Konsul in Lorenzo Marques bejorge die Gesandtschaft des dortigen niederländischen Konsulats, über dessen anderweitige Bezeichnung er sich zur Zeit nicht äußern könne. Den Antrag Bylandt's auf Vorlegung der auf die Frage bezüglichen Schriftstücke werde er in Erwägung ziehen. Die Anfrage Bylandt's ist damit erledigt.

London, 28. Febr. Unterhaus. Cranborne erklärt, es sei nicht die Rede von Abretung der Walfischbait an Deutschland.

William Redmont fragt an, ob die Regierung mit der französischen Regierung betreffend Neufundland unterhandle. Cranborne erwidert, die englische Regierung habe sich wiederholt bereit erklärt, jede günstige Gelegenheit zur Ordnung dieser seit langem bestehenden Schwierigkeit zu ergreifen, sie beziehe gegenwärtig über die Angelegenheit mit den Vertretern Neufundlands.

Cyoto, 28. Febr. Zahlreiche Arbeiter einer Tabakfabrik veranfaßten Kundgebungen gegen die Jesuiten.

Sofia, 28. Febr. Der Zustand des Erbprinzen Boris stößt von neuem Besorgniß ein.

St. Petersburg, 28. Febr. Die „Birschewija Wjedomosti“ wirft einen Rückblick auf die deutsch-russischen Beziehungen und stellt dabei fest, daß der gegenwärtig bestehende Handelsvertrag ein sehr dankbarer Boden für die Entwicklung und Aufrechterhaltung guter nachbarlicher Beziehungen geworden sei. Der Artikel führt ferner aus: Die Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten sei für Deutschland durch den deutsch-russischen Handelsvertrag für absehbare Zeit geschwunden, ebenso die Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges.

Washington, 28. Febr. Der Senat nahm in der Nacht-sitzung mit 45 gegen 27 Stimmen das Amendement des Senators Spooner zu der Heeresvorlage an, wodurch der Präsident die Aufsicht über die Philippinen erhält. Die Mitglieder der republikanischen Partei stimmten allgemein für das Amendement, während die Demokraten opponirten. Der Zusatzantrag, der die zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland bestehenden Beziehungen einseitig regelt und die gegenüber Rußland zu beobachtende Verwaltungspolitik festlegt, wurde, ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Gegen 1 Uhr früh wurde die ganze Heeresvorlage genehmigt.

Verschiedenes.

Berlin, 1. März. Die Morgenblätter melden: Gegenüber der Meldung über eine Gefährdung Seiner Majestät des Kaisers durch einen elektrischen Straßenbahnwagen erklärt die Direktion der Straßenbahngesellschaft die Notiz für gänzlich unzutreffend. Aufeinander liegt eine Verwechslung mit dem Grafen zur Lippe vor, dessen Wagen nachmittags vor einem langsam fahrenden elektrischen Wagen ausbiegen mußte, ohne jedoch gefährdet oder gar beschädigt zu werden.

Weimar, 28. Febr. Seine Königl. Hoheit der Großherzog empfing in feierlicher Audienz die große Abordnung der Universität Jena, um das ihm angetragene Amt des Rectors zu übernehmen. — Aus der letztwilligen Verfügung des Großherzogs Carl Alexander wurde in der Eröffnungs-sitzung des ordentlichen Landtags ein Stück auf Anordnung des Großherzogs Wilhelm Ernst verlesen. Dieser Abschnitt des vom 1. August 1897 datirten Schriftstücks lautete wörtlich: „Ich bitte Gott, Meine heiligste Familie und Mein theures, liebes Land zu segnen und zu erhalten fort und fort. Möge beides, Haus und Land, immer vereint sein und bleiben in dem treuesten Wandel auf Gottes heiligen Pfaden, in der Förderung der wahren Interessen des deutschen Vaterlandes und in dem treuesten Dienst, der treuesten Pflege der großen Erinnerungen, die mit der Geschichte dieses Hauses und Landes Gott verbunden hat, dann wird der Allmächtige Segen auch auf dem Hause und Lande bleiben! Ich danke aus tiefstem Herzensgrund Meinem theuren Land für die treue Liebe, die es Meiner Gemahlin und Unjern Kindern immer bewiesen, Gott wolle diese Gesinnungen ihm stets erhalten, Gott wolle es segnen und immer fest mit Meinem Hause verbunden sein lassen. Ich segne daselbe von ganzem Herzen.“

Bonn, 28. Febr. Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der jetzt die Universität oerläßt, um die Regierung seines Landes zu übernehmen, wurde heute im Senatssaale der Universität vom Rector, Geh. Rath Frhr. v. la Balette St. George, ein Abgangszeugniß überreicht. Der Rector hielt dabei folgende Ansprache: „Königl. Hoheit! Dem Rector der Universität Bonn wird heute die besondere Ehre zu Theil, dem Kanzler der Universität Rostock den Scheidegriß unserer alma mater darzubringen. Wir konnten darin bekunden, daß unser vornehmster Schüler einer der fleißigsten und strebsamsten unter seinen Kommilitonen war, mit denen er auch gern verkehrte bei fröhlichen Festen. Schwerere Pflichten werden demnächst an Eure Königl. Hoheit heranreten. Mögen sie manch' heiteren Rückblick gestatten an die Bonner Studententzeit! Mögen Eure Königl. Hoheit unter den rauschenden Buchenwipfeln Mecklenburgs den lieblichen Rebenhügeln des Rheinlands und unserer Hochschule ein freudliches Andenken bewahren.“ Der Großherzog sprach seinen Dank aus für alle ihm erwiesene Güte und Freundschaft und erklärte, daß er nur ungern von Bonn und dem Rhein scheidet. Das Abgangszeugniß, das von sämmtlichen Mitgliedern des akademischen Senats unterschrieben war und das große Universitätsiegel trug, enthielt folgende Schlusssätze: „Mit Stolz und Freude werden wir uns stets daran erinnern, daß ein deutscher Bundesfürst zu den Mitbürgern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität gehört hat. Das Album der Universität wird die Erinnerung für spätere Geschlechter bewahren. Wir verabschieden uns von Seiner Königl. Hoheit mit dem ehrerbietigsten Wunsch, daß Seiner Königl. Hoheit als Landesheerrn und Bundesfürsten eine lauge Regierung beschieden sein möge, zum Segen seines Landes, zum Segen des Deutschen Reiches.“

Düsseldorf, 1. März. (Telegr.) Heute Vormittag gab vor der Polizeiwache in der Neuffer Straße ein Mann einen tödtlichen Schuß auf den Polizeifergeanten Zuels ab und erschloß sich dann selbst.

Dresden, 1. März. (Telegr.) Der Führer der Konfervativen, Ackermann, ist heute Vormittag gestorben.

Nürnberg, 1. März. (Telegr.) Gestern wurde hier eine Emsrecherhande, bestehend aus fünf Burfchen im Alter von 14 bis 19 Jahren, festgenommen.

Augsburg, 1. März. (Telegr.) Kommerzienrath Theodor Haßler, Reichsrath der Krone Bayerns, Vorsitzender des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller, ist gestern gestorben.

Madrid, 1. März. (Telegr.) Der Lokomotivfessel des französischen Expreszuges explodirte in der Nähe von Barcelona. Der Maschinenführer und der Heizer wurden schwer verwundet.

St. Petersburg, 1. März. (Telegr.) Die Untersuchung gegen den Kleinbürger Partowitj, welcher auf den Unterrichtsminister einen Schuß abgab, hat ergeben, daß Partowitj früher Naturwissenschaftler auf der Moskauer Universität studirte, aber 1896 wegen Theilnahme an Studentenunruhen ausgeschlossen wurde. Vergangenes Jahr besuchte er die Berliner Universität. Partowitj befindet sich in Untersuchungshaft.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 2. März. Abth. A. 40. Ab. Vorst. (Kleine Preise.) Zum ersten Male wiederholt: „Der Großkaufmann“, Volksstück in 3 Akten von Oscar Walthers und Leo Stein. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Sonntag, 3. März. 11. Vorst. außer Ab. (Mittelpreise.) „Tristan und Isolde“, Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende nach halb 11 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydgr. v. 1. März 1901. Während die Depression, welche gestern über dem südlichen Scandinavien gelegen war, unter wesentlicher Abnahme ihrer Tiefe in die Ostsee herangezogen ist, ist nordwestlich von Irland ein neues sehr tiefes Minimum erschienen. Eine über Nordwestdeutschland gelegene Theildpression verursacht in weitem Umkreis trübes und mildes Wetter mit Regenfällen. In Siebenbürgen und in Schweden herrscht noch strenge Kälte (Hermannstadt — 15, Karlsstadt — 13, Japaranda — 31°). Das Fallen des Ortsbarometers läßt erkennen, daß sich die Depression nähert; es ist deshalb unruhiges und mildes Regenerwetter zu erwarten.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 1. März.: 2.84 m, gestiegen 15 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Aachen.

